

VI Die Sprache der Ethik als Antwort auf Problematisierungen lebenswissenschaftlicher Autonomie

Im Jahr 1983 erscheint nun zum ersten Mal auf nationaler Ebene und staatlich initiiert ein Ethikkomitee in Frankreich. Der CCNE, das nationale konsultative Ethikkomitee für Lebenswissenschaften und Gesundheit, wird eingerichtet.

In den in Kapitel III und IV untersuchten Diskursen, dem medizinischen und dem gentechnologischen Diskurs, erscheint die Ethik-Rahmung als Antwort auf Problematisierungen wissenschaftlicher und medizinischer Autonomie. Ein Ethikkomitee beim INSERM und eine Ethikkommission bei der DGRST werden eingerichtet. Zunehmend zum Problem wird Ethik in den interdisziplinären Diskursen um Biologie und Lebenswissenschaften, wie in Kapitel V aufgezeigt. Hierbei zeigen sich in den wissenschafts- und medizinkritischen Diskursen keine ethischen Rahmungen, sondern die Sprache der Moral und der Politik. Moralische und politische Positionen werden als etwas wahrgenommen, das die Steuerung von medizinischen und technologischen Entwicklungen in Frage stellen kann. Eine Tendenz zur Ethisierung wird sichtbar: politische und moralische Probleme von forschungspolitischen Akteurinnen und Akteuren werden als ethische gerahmt. Wofür ist nun das nationale Ethikkomitee die Lösung?

Bevor diese Frage beantwortet wird, wird der forschungspolitische Hintergrund dargestellt. Bereits hier zeigen sich die Sprache der Ethik und Formen des *governing at a distance* im Sinne von Rose. Im Anschluss an den forschungspolitischen Hintergrund wird der CCNE vorgestellt, seine Aufgaben, Arbeitsweise und Zusammensetzung. Bei der daran anknüpfenden Beantwortung der Frage, worauf der CCNE die Antwort ist, wird berücksichtigt, inwiefern die medizin-, wissenschafts- und technokratiekritischen Problematisierungen und der Konflikt um den Schwangerschaftsabbruch zum Tragen kommen und auch, inwiefern es neue Problematisierungen gibt. Die Frage, inwiefern die Problematisierungen zum Tragen

kommen, ist mit der Frage verbunden, welche Themen als ethische verstanden werden und welche nicht. Ein Thema, das als ethisches Thema verstanden wird, ist die Gentechnologie. Sie wird allerdings nicht nur als ethisches Thema verstanden, sondern ebenso als Risiko-Problem. Dies wird anhand des Aufgabenbereichs der parlamentarischen Technikfolgenabschätzungsbehörde deutlich, die im selben Jahr wie der CCNE eingerichtet wird. Kontrastiert wird anhand des Aufgabenbereichs dieser Behörde, welche Themen als ethische und somit als Aufgabenbereich des CCNE verstanden werden und inwiefern diese Rahmung Auswirkungen auf die Kritik an Gentechnologie hat. Nicht zuletzt wird in diesem Kapitel berücksichtigt, was im institutionellen Ethik-Rahmen unter Ethik verstanden wird, ob sich dieses Verständnis über die Zeit ändert und welche Sprecherinnen- und Sprecherpositionen sich im Ethik-Rahmen herausbilden.

1 DIE FORSCHUNGSPOLITIK ZU BEGINN DER 1980ER JAHRE – »EIN ABSOLUT ANDERER ESPRIT«¹

Die Einrichtung des CCNE findet vor dem Hintergrund eines Wandels in der staatlichen Forschungspolitik statt, die sich mit dem Regierungswechsel von 1981 vollzieht. Nach über 20 Jahren konservativer Präsidentschaften von Charles de Gaulle, Georges Pompidou und zuletzt von Valéry Giscard d'Estaing übernimmt der Sozialist François Mitterrand das Amt des Staatspräsidenten. Der Wandel in der Forschungspolitik findet im Rahmen einer Reformpolitik statt, die von der sozialistischen Regierung eingeschlagen wird. Während der Präsidentschaft von Giscard d'Estaing sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung stark zurückgegangen (Gottweis 1997: 327). Der Premier- und Wirtschaftsminister unter Giscard d'Estaing, der liberale Ökonom Raymond Barre, verfolgte insgesamt eine Austeritätspolitik. Ziel war es, mit den Folgen der Ölkrise von 1973 und 1979, der Inflation und einer anwachsenden Erwerbslosigkeit umzugehen. Zu seiner energischen Sparpolitik zählte, die Staatsausgaben zu verringern, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, d.h. Großkonzerne zu begünstigen oder Lohnerhöhungen zu verhindern (vgl. Denord 2005; Montbrial 1979). Nach dem Regierungswechsel von 1981 setzen umfangreiche wirtschafts- und sozialpolitische Reformen ein. Die sozialistische Reformpolitik hält allerdings nur einige Jahre an (Gottweis 1997: 330f). Der gesetzliche Mindestlohn wird u.a. erhöht, die Arbeitszeit ohne Lohnabzug verkürzt, Verstaatlichungen in der Großindustrie und im Finanzsektor werden in Angriff genommen (Schmidt/Fekl 2006: 186f). Die Entwicklung der Forschung

1 Int. F IX/Übers. S.K..

und Technologie wird nach dem Regierungswechsel zur nationalen Priorität erklärt (Chèvenement 1982c: 5; Mitterrand 1982: 73; vgl. Krauss 1996: 54; Gottweis 1997). Die Forschungsförderung und explizit die Förderung biologischer und medizinischer Forschung sind bereits 1972 in dem so genannten gemeinsamen Regierungsprogramm des *Parti Socialiste* (PS) und des *Parti Communiste* (PC) aufgenommen (Parti Socialiste/Parti Communiste 1972: 5). Regierungsprogramm meint nicht das Programm einer tatsächlichen Regierung, sondern das Programm für eine zukünftige Regierung – auf diesem Regierungsprogramm basieren die gemeinsamen Wahlkämpfe der beiden Parteien. Die PS und die PC bilden zusammen die *Union de la Gauche* – Linksunion. Auf Basis dieses Programms kämpft Mitterrand als Kandidat der Linksunion bereits 1974 vergeblich um das Amt der Präsidentschaft. Im Wahlprogramm festgehalten sind nicht allein die Forschungsförderung, sondern auch die Demokratisierung u.a. der Universitäten, Forschungszentren und forschungspolitischer Institutionen, wie der DGRST und dem CNRS, außerdem die Frauenförderung und der Kampf gegen Umweltverschmutzung (ebd.: 3, 5f). Die Forschungspolitik, die sich mit dem Regierungswechsel durchsetzt, ist im Vergleich zu der Forschungspolitik der vorangegangenen Jahre ein »absolut anderer Esprit« (Int. F IX/Übers. S.K.). Was beinhaltete dieser Esprit?

1.1 »Der Weg aus der Krise«²

Ziel von Mitterrands Forschungs- und Technologiepolitik zu Beginn der 1980er Jahre ist es, die ökonomische Krise zu überwinden (Chavot/Masseran 2003c: 79). Schwerpunkt der nationalen Priorität ist, wie erwähnt, die biologische Forschung. Vorsatz der Forschungspolitik Mitterrands ist, dass Frankreichs Anteil am Biotechnologieweltmarkt auf zehn Prozent anwächst. Eine umfassende Förderung vom Labor bis zum fertigen Produkt soll vollzogen werden (Gottweis 1997: 328). Wie Bonneuil in seiner Untersuchung zum Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft in Frankreich meint, zeichnet sich der Wandel in der Forschungspolitik sowohl durch eine Art Erneuerung des wissenschaftlichen Colbertismus als auch durch eine neue Offenheit gegenüber der Gesellschaft aus (Bonneuil 2004: 22). Erneuerung des Colbertismus insofern, da die Forschungspolitik der Nachkriegszeit als colbertistisch verstanden wird. Gemeint ist eine eng mit der Wirtschaft zusammenarbeitende, staatlich gelenkte Forschung und Wissenschaft (ebd.). Ein neues Forschungsgesetz wird im Jahr 1982 verabschiedet (Loi n° 82-610 1982) und

2 Membres du comité d'organisation du Colloque national 1982: 17/Herv. i.O., Übers. S.K..

diverse Institutionen entstehen. Ein Forschungsministerium wird 1981 eingerichtet, in dessen Struktur die DGRST aufgeht, die 1961 während der Präsidentschaft De Gaulles eingerichtet wird. Forschungsminister ist Jean-Pierre Chèvenement. Eine parlamentarische Technikfolgenabschätzungsbehörde entsteht 1983, der *Office Parlementaire d'Évaluation des Choix Scientifiques et Technologiques*. Außerdem wird ebenfalls 1983 der CCNE eingerichtet. Allerdings ist dieser im Rahmen der neuen Forschungspolitik nicht vorgesehen, er entsteht per Dekret.³ Die neue Offenheit bezieht sich sowohl auf bestimmte Formen der Einbeziehung der Öffentlichkeit, die mit der neuen Forschungspolitik umgesetzt werden, als auch auf die Einbeziehung verschiedener Akteure und Akteurinnen in die Ausgestaltung dieser neuen Politik und des Forschungsgesetzes: Noch bevor das neue Forschungsgesetz 1982 umgesetzt wird, findet ein breit angelegtes nationales Kolloquium zu »Recherche et Technologie« – »Forschung und Technologie« statt, geplant von Chèvenement. Zurückgegriffen wird auf dem Forschungskolloquium auf den Bericht »Lebenswissenschaften und Gesellschaft« von 1979 (vgl. Ministère de la Recherche et de la Technologie 1982: 35). Er wurde zwar von Giscard d'Estaing, der die Potentiale der Biotechnologie als Zukunftstechnologie entdeckte, am Ende seiner Amtszeit in Auftrag gegeben, aufgegriffen wird er aber schließlich von Mitterrand (Gottweis 1998: 213). Einer der Autoren des Berichts, François Gros, wird sein wissenschaftlicher Berater (Rouban 1988b: 162).

1.2 »Bewegung von unten«⁴: das nationale Kolloquium zu Forschung und Technologie

Das nationale Kolloquium besteht aus 31 Tagungen, die sowohl auf regionaler Ebene in Frankreich als auch in Paris und in den französischen Überseegebieten von 1981–1982 stattfinden. Zu den Organisatorinnen und Organisatoren zählen u.a. François Gros, der Soziologe Michel Callon, der Physiker Pierre Papon und Philippe Lazar, der 1982 Generaldirektor vom INSERM wird (Gros 1982a: 8; Théry 2001: 12). Die rund 10.000 Teilnehmenden kommen aus Forschungseinrichtungen, Universitäten, Unternehmen, Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Politik (Chèvenement 1982c: 5). Verstanden wird das nationale Kolloquium als »Mouvement d'en bas« – »Bewegung von unten«, da eine Masse an Forscherinnen und Forschern zusammenkommt (Bois 1982: 100; Chèvenement 1982b: 56/Übers.

3 Dekrete können in Frankreich vom Staatspräsidenten oder dem Premierminister erlassen werden (vgl. Loewe 2006a).

4 Chèvenement 1982b: 56/Übers. S.K..

S.K.). »Bewegung von unten« bezieht sich vermutlich auf den Umstand, dass die Forschungspolitik der 1970er Jahre die Forscherinnen und Forscher marginalisiert hat, sie nicht gefördert hat, wie es auf dem Kolloquium heißt, und diese nun »von unten« zusammenkommen (Chèvenement 1982b: 56/Übers. S.K.; vgl. Membres du comité d'organisation du Colloque national 1982: 14). Ziel des Kolloquiums ist es, wie der Forschungsminister meint, sowohl in der wissenschaftlichen Community als auch im ganzen Land Bedingungen zu schaffen, die das Aufkommen neuer Ideen und Innovationen begünstigen (Chèvenement 1982c: 5). Was unter dem Begriff Innovation verstanden wird, zeigt sich an einem Beitrag von François Gros:

»Für den Unternehmenssektor ist die Herausforderung beachtlich. Die industrielle Innovation [...] ist zu einer ›wichtigen Waffe im Wirtschaftskrieg, den die Unternehmen und die Nationen führen‹ geworden. Viele Unternehmen, kleine und große, wissen nunmehr, dass die Lösung der Wirtschaftskrise, der industrielle Aufschwung, stark abhängig von der Forschung ist« (Gros 1982b: 64/Herv. i.O., Übers. S.K.).

In Anlehnung an das »Colloque de Caen« von 1956 soll das nationale Kolloquium der 1980er Jahre zu »programmes mobilisateurs« – »Mobilisierungsprogrammen« führen (Chèvenement 1982b: 57f/Übers. S.K.). Ähnlich wie bei dem »Colloque de Caen«, wo der liberale Kapitalismus der Zwischenkriegszeit als Ursache für die ökonomischen Probleme gesehen wurde, wird auf dem nationalen Kolloquium die staatliche Politik der 1970er Jahre für die Krise verantwortlich gemacht (Bonneuil 2004: 22). Sie habe die wissenschaftliche und technologische Forschung nicht in die Politik integriert (Membres du comité d'organisation du Colloque national 1982: 14). Forschung, Innovation und wirtschaftlicher Aufschwung werden als Schlüssel gesehen, um die Wirtschaftskrise, die zunehmende Erwerbslosigkeit und die Inflation zu überwinden. Grundsätzlich abhängig sind Innovation und Aufschwung von den Entwicklungen, vom Fortschritt in Forschung und Wissenschaft. Dieser Fortschritt geschieht aber nicht von alleine, wie Mitterrand festhält: »[D]ie Wissenschaft kann und soll einen außerordentlichen Fortschritt für den Menschen bewirken [...]. Aber ich bin vollkommen davon überzeugt, dass das nicht von alleine geschieht. [...] Die Wissenschaft im Dienste des Menschen, ja. Nicht das Gegenteil« (Mitterrand 1982: 67/Herv. i.O., Übers. S.K.). Es soll sich um eine Wissenschaft handeln, die sich ihrer Rationalität ebenso bewusst ist, wie ihrer Grenzen (Fossaert 1982: 92). Der »nicht von alleine« geschehende Fortschritt der Wissenschaft geht mit einer Einbeziehung der Öffentlichkeit einher: Ein »dialogue permanent« – »dauerhafter Dialog« (Mermaz 1982: 75), ein »vrai dialogue« – »wahrer Dialog«, ein »dialogue engagé« – »engagierter Dialog« (Gros 1982a: 7; 1982b: 63) soll eingerichtet werden, wie auf dem nationalen Kolloquium mehrfach in ver-

schiedenen Varianten betont wird. Jede Bürgerin und jeder Bürger soll zukünftig als potentielle Forscherin oder potentieller Forscher angesehen werden, so das Organisationskomitee (Membres du comité d'organisation du Colloque national 1982: 31). Dieser Dialog gehört zu dem Konzept der Verbreitung der »culture scientifique, technique et industrielle« – »wissenschaftlichen, technischen und industriellen Kultur«. Eine Rolle in der Vermittlung dieser Kultur wird den Geistes- und Sozialwissenschaften zugeschrieben. Diese besteht darin, den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wiederherzustellen, wie es in dem Forschungs-gesetz heißt (Loi n° 82–610 1982: 2271, 2276). Konkretisiert wird diese Rolle in dem Gesetz nicht. Allerdings heißt es während des Kolloquiums, dass die Sozial- und Geisteswissenschaften zu einem besseren Verständnis des Verhaltens des Menschen und der Gesellschaft beitragen, wie auch zur Analyse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse (Demazure 1982: 110, 112). Sie können auch dazu beitragen, den technischen Fortschritt tatsächlich in den Dienst des Menschen zu stellen, so der Bericht der Kommission zu Sozial- und Geisteswissenschaften (Bois 1982: 96). Vermittelt werden soll diese Kultur zudem durch Einrichtungen, die mit der neuen Forschungspolitik umgesetzt werden, wie durch die *Cité des Sciences et de l'Industrie* in Paris oder auf regionaler Ebene durch die *Centre de Culture Scientifique, Technique et Industrielle* (CCSTI) – Zentren der wissenschaftlichen, technischen und industriellen Kultur (Chavot/Masseran 2003c: 79/Übers. S.K.; vgl. Loi n° 82–610 1982: 2276). Zur Förderung dieser Einrichtungen wird ein *Conseil National de la Culture Scientifique, Technique et Industrielle* eingerichtet, der nationale Rat für wissenschaftliche, technische und industrielle Kultur (Chavot/Masseran 2003c: 80). Die *Cité des Sciences* ist eine Art populärwissenschaftliches Museum. Sie verkörpert eine der »majestic spaces, ›cathedrals‹ built to celebrate products of science and technology« (Chavot/Masseran 2003b: 536/Herv. i.O.). Aufgabe der CCSTI ist sowohl die Information der Öffentlichkeit über wissenschaftliche Entwicklungen, die Organisation von Dialogen zwischen Wissenschaft, Industrie und Öffentlichkeit als auch eine aktive Bürgerinnen- und Bürgerschaft zu fördern (Association nationale des CCSTI 2014b, a; vgl. Chavot/Masseran 2003a: 244f). Die Information der Öffentlichkeit wird, wie es auf dem nationalen Kolloquium heißt, als eine Art Demokratisierung verstanden: Wissenschaftliche Informationen zu teilen bedeutet, Macht zu teilen, und bereichert die Demokratie (Dessieux 1982: 162). Information oder Bildung und das Konzept des Dialogs mit der Gesellschaft sind nicht neu, auch wenn sie bisher nicht im Kontext einer Demokratisierung standen. Der Dialog wird bereits Ende der 1970er Jahre in dem Bericht »Lebenswissenschaften und Gesellschaft« von den Autoren François Gros, François Jacob sowie Pierre Royer vorgeschlagen. François Gros, nun wissenschaftlicher Berater Mitterrands, vertritt dieses Konzept auch auf dem nationa-

len Kolloquium. Wie in Kapitel V ausgeführt, erscheint in dem Bericht der Dialog als Lösung für »ethische Zwänge«. Sie werden als Störfaktoren für die Freiheit der Forschung gesehen und auf gesellschaftlicher Seite verortet. Aufgelöst werden können sie durch die Bildung der Öffentlichkeit und durch Teilnahme am Dialog. Dialog wird zum Garant der Forschungsfreiheit, er sichert ihre Legitimität. Es stellt sich die Frage, wofür der Dialog in der *culture scientifique* die Lösung ist.

1.3 Ethik – vom gesellschaftlichen Problem zur Aufgabe der Bürgerin und des Bürgers

Auch im Kontext der neuen Forschungspolitik zu Beginn der 1980er Jahre zeigt sich die Notwendigkeit der Bildung oder Information der Öffentlichkeit in Form der *Cité des Sciences* oder der CCSTI. Es handelt sich, so Bonneuil, um einen linearen und pädagogischen Ansatz vom Staat abwärts hin zur Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit wird hier als eine begriffen, die sich in Distanz zum Fortschritt befindet. Die Distanz wird mit einem Defizit an wissenschaftlichem Wissen begründet (Bonneuil 2004: 23).

»Nur mit einem umfangreichen Einsatz der Wissensverbreitung [...] können wir bestimmte Vorurteile gegenüber der Wissenschaft zurückdrängen, die anti-wissenschaftlichen Bewegungen eindämmen und die Bürger in die Lage versetzen, die wissenschaftlichen und technologischen Herausforderungen besser zu erfassen«, so der Forschungsminister (Chèvenement 1982a: 205/Übers. S.K.).

Nicht Ethik in Form »ethischer Zwänge« sind das Problem, sondern Vorurteile und die anti-wissenschaftlichen Bewegungen, die vor allem durch Wissensverbreitung und einen informierten Dialog gelöst werden können. Unter anti-wissenschaftliche Bewegungen werden, so Bonneuil, sowohl Wahrsager und Wahrsagerinnen⁵ als auch Ökologen und Ökologinnen verstanden (Bonneuil 2004: 22; vgl. Testart 2006). Da die Ökologinnen und Ökologen oder die Umweltbewegung mit der Anti-Atombewegung verknüpft ist und letztere wiederum mit der Kritik an Gentechnologie, lässt sich m.E. auch vermuten, dass die *Science du Peuple* insgesamt dazu gezählt werden kann. Indem diese als anti-wissenschaftlich verstanden werden, als Bewegungen, die sich einer Wissenschaft gegenüber stellen, die sich als rational

5 Zu dieser Zeit ist in Frankreich die Wahrsagerin Madame Soleil bekannt und erfolgreich. Sie hat eine Fernsehsendung in einem Pariser Privatsender. Konsultiert wird sie von Klientinnen und Klienten aus Kunst, Politik und Wirtschaft (vgl. Cicco 1993).

versteht (Fossaert 1982: 93), können sie nur eines sein, nämlich »irrational« – »irrational«, wie es auf dem Kolloquium heißt (Bois 1982: 102/Übers. S.K.). Auch wenn die Sprache der Ethik insgesamt auf dem nationalen Kolloquium kaum auftaucht, erscheint Ethik jedoch schon – allerdings nicht mehr als Problem, sondern als Teil der Lösung. Letztere beinhaltet ein Konzept von Verantwortung. Es heißt, man müsse sich insgesamt über die gesellschaftliche Verantwortung des Wissenschaftlers oder der Wissenschaftlerin einig sein, und zwar als Verantwortung

»eines Bürgers, der von seinen Aufgaben gelenkt ist, eine wesentliche anti-technokratische Rolle zu spielen, das heißt, dabei zu helfen, Fragen jeglicher Natur, die alle Beteiligten betreffen, technische oder ethische, ausgelöst von der Entwicklung des Wissens und den technologischen Möglichkeiten, zu formulieren und zu verbreiten. Eine der größten Herausforderungen unserer Unternehmung stellt sich darin dar, der ›Anti-Wissenschafts‹-Bewegung Einhalt zu gebieten, deren Entwicklung mit der Krise fortgeschrittener kapitalistischer Gesellschaften zusammenfällt« (Ministère de la Recherche et de la Technologie 1982: 38/ Herv. i.O., Übers. S.K.).

Sowohl Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden als aktive Bürgerinnen und Bürger konzipiert als auch die Öffentlichkeit. Bürgerinnen und Bürger werden als Akteurinnen und Akteure verstanden, die aktiv zur Innovation und zur Überwindung der ökonomischen Krise beitragen können, die sie selbst betrifft, bspw. in Form von Erwerbslosigkeit. Grundlegend ist, dass die wissenschaftlichen Entwicklungen verstanden werden. Einhalt geboten werden soll der anti-wissenschaftlichen Bewegung. Sie wird mit der Krise des Kapitalismus verknüpft. Diese Krise basiere auf einer mangelhaften Forschungspolitik. Es scheint fast so, als könne, wenn die Forschungspolitik falsch ist, auch die Kritik daran nur falsch sein kann. Sowohl die Krise als auch die so genannte anti-wissenschaftliche Bewegung sind negativ konnotiert, als Zustand, der überwunden werden muss. Schlüssel hierfür sind Bildung und Information. Die Information geht von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verstanden als Bürgerinnen und Bürger aus, die definieren, welche Fragen durch die wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen aufgeworfen werden. Das Verbreiten und Teilen dieser Information wird als Machtteilung verstanden und letztlich als Bereicherung der Demokratie. Wissen wird m.E. als Machtbereich anerkannt und es wird davon ausgegangen, dass das Teilen von Wissen ein Weniger an Macht oder eine bessere Macht bedeutet – ein Mehr an Demokratie. Die »Wissenschaft im Dienst des Menschen«, wie Mitterrand sagt, erinnert an das Konzept der Informationsgruppen Wissen in den Dienst der Menschen zu stellen. Es geht mit dem Konzept des »spezifischen Intellektuellen« einher, das Foucault 1976 ausarbeitet (Gaudillière 2006a: 245). Es beinhaltet die Idee, sich po-

litisch und im jeweiligen Spezialgebiet zu engagieren und gleichzeitig das Fachwissen zu verwenden, um dessen Praktiken anzuprangern (Artières 2002: 38). In der neuen Forschungspolitik geht es allerdings nicht darum, die Praktiken der Wissenschaft anzuprangern oder – wie bei der *Science du Peuple* – um die Beteiligung an Entscheidungen über wissenschaftliche und technologische Entwicklungen. Während die Informationsgruppen ihr Wissen als Kampfmittel einsetzen, um es denen zur Verfügung zu stellen, die es brauchen, erscheint die Wissenschaft Mitterrands als Kampfmittel gegen die ökonomische Krise, deren Überwindung ein gesellschaftliches Projekt wird. In der Wissensverbreitung geht es darum, Informationen oder Fragen der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen, die von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern definiert und verbreitet werden, zu diskutieren. Die Definition dessen, worüber gesprochen wird, was ethische oder technische Fragen sind, liegt in wissenschaftlichen Händen. Während in dem Bericht »Lebenswissenschaften und Gesellschaft« politische Konflikte ethisiert und zum Problem werden, gibt es jetzt »ethische Fragen«, die der Wissenschaftler oder die Wissenschaftlerin formuliert. Zuvor werden »ethische Fragen oder Zwänge« räumlich getrennt auf gesellschaftlicher Seite verortet. Indem m.E. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als Bürgerinnen und Bürger konzipiert werden, gewinnen sie eine Kompetenz für »ethische Fragen«. Ihnen wird also nicht nur die Kompetenz für technische Fragen, also für *facts* zugeschrieben, sondern auch für *values*. Der oder die Intellektuelle entspricht weder dem Konzept des oder der spezifischen noch des oder der universellen Intellektuellen, der oder die die Wahrheit für alle spricht. Der oder die neue Intellektuelle als Bürger oder Bürgerin vermittelt und diskutiert Fragen, die er oder sie definiert und formuliert. Politische oder ökonomische Fragen werden in diesem Kontext allerdings nicht thematisiert. Ökonomische Themen werden nur thematisiert, wenn es darum geht, dass Sozial- und Geisteswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern die Aufgabe zukommt bzw. sie diese selbst formulieren, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedürfnisse zu analysieren, um den technischen Fortschritt in den Dienst des Menschen zu stellen (vgl. Demazure 1982: 110, 112; Bois 1982: 96). Bei der Rolle, die den Sozial- und Geisteswissenschaften zukommt, scheint es sich um eine Art Begleitforschung zur Innovation zu handeln. Das Wissen der Bürgerinnen und Bürger wird einerseits als defizitär konstruiert, gleichzeitig werden sie als potentielle Forscherinnen und Forscher konzeptioniert. Zwar kann dieser Ansatz als linear vom Staate abwärts verstanden werden, wie Bonneuil meint, parallel erscheint aber der Bürger oder die Bürgerin als gleichgestellter Teilnehmer oder gleichgestellte Teilnehmerin. Im Sinne Nowotnys und ihrer Kolleginnen und Kollegen zeigt sich hier ein Übergang zu Modus 2, und zwar sowohl durch die transdisziplinäre und heterogene Ausrichtung der Teilnehmerinnen- und Teilnehmerschaft des Kolloquiums als auch durch das

Konzept des Bürgers oder der Bürgerin. Als potentieller Forscher oder potentielle Forscherin werden sie als eine Form von Experten oder Expertinnen konzeptioniert (vgl. Nowotny 2003: 155f). Dabei ist eine Dialog-Beteiligung unter der Voraussetzung eines bestimmten wissenschaftlichen Wissens erwünscht – eben als potentielle Forscherin oder potentieller Forscher und nicht als potentielle Arbeiterin, Hausfrau oder Vater und vor allem nicht als Wahrsager oder Ökologin.

Mit dem nationalen Kolloquium zu Forschung und Technologie in den Jahren 1981–1982 endet, so der Wissenschaftshistoriker Patrick Petitjean, die wissenschafts- und technokratiekritische Debatte der Post-68er (Petitjean 1998; vgl. Chavot/Masseran 2003a: 244; Bonneuil 2004: 23). Jedoch ist ein Ende meistens nicht abrupt.

1.4 Das Verschwinden der wissenschaftskritischen Debatte

Es zeichnet sich m.E. ab, dass Konzepte wie Dialog und Verantwortung auf staatspolitischer Ebene eingeführt werden. Gleichzeitig aber werden auch Protestformen, Begriffe und Konzepte des Mai '68, der wissenschafts- und technokratiekritischen Bewegungen, auch ihre Akteure und Akteurinnen in die *culture scientifique* übernommen – die Politik der sozialistischen Regierung versteht sich selbst als anti-technokratisch. Wie dies geschieht, wird im Folgenden nur beispielhaft aufgeführt und später in diesem Kapitel, im Kontext der Einrichtung des CCNE, konkretisiert.

Bereits das nationale Forschungskolloquium wird als Bewegung von unten verstanden oder auch als »véritables »états généraux de la recherche et de la technologie« – »echte »Generalstände zu Forschung und Technologie«, wie der Forschungsminister meint (Chèvenement 1982b: 56/Herv. i.O., Übers. S.K.). *États généraux* werden in Frankreich in unterschiedlicher Form praktiziert. Historisch geht das Konzept der *États généraux* in das 14. Jahrhundert zurück. Sie setzen sich aus Adel, Klerus und Drittem Stand zusammen und werden vom König einberufen. Aufgabe der Generalstände in der Monarchie ist die Beratung des Königs in Krisensituationen; sie werden aber auch genutzt, um Einfluss auf dessen Gesetzgebung zu nehmen (Loewe 2006b: 840ff).⁶ Einige hundert Jahre später, Ende der 1960er Jahre wird das Konzept der Generalstände allerdings als Protestform verwendet – sie sind nicht vom König bzw. Staat initiiert, sondern selbstorganisiert, um gegen staatliche Politik zu protestieren. Mit dem Begriff *États généraux* wer-

6 Am 17.06.1789 erklärt sich der Generalstand zur Nationalversammlung, aus der die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte hervorgeht. Ausführlich vgl. Loewe (2006b: 840ff).

den Versammlungen oder Zusammenkünfte bezeichnet, die durch eine große Anzahl von Akteurinnen und Akteuren gekennzeichnet sind. Im Mai '68 finden bspw. *États généraux du cinéma français* – Generalstände des französischen Kinos statt. Ihr Ziel ist u.a. die Abschaffung von Zensur und Monopolen sowie die Einrichtung selbstverwalteter Strukturen (Doll 2006: 606). Ob nun die »echten Generalstände«, wie das nationale Kolloquium zu Forschung und Technologie verstanden wird, im Kontrast zu den Generalständen während der Monarchie oder zum Mai '68 stehen, wird von Chèvènement nicht gesagt. Zu den Generalständen während der Monarchie zeigen sie Parallelen aufgrund der Krisensituation und der Möglichkeit, die Gesetzgebung zu beeinflussen – das neue Forschungsgesetz entsteht aus dem nationalen Kolloquium. »Echt« hieße dann, nicht mehr zur Monarchie, sondern zur Demokratie beizutragen. Zum Mai '68 zeigt sich die Parallele insofern, als sich das Kolloquium als Bewegung von unten versteht. »Echt« hieße in diesem Fall, tatsächlich Einfluss auf die Gesetzgebung zu haben oder breiter mobilisiert und mehr Menschen einbezogen zu haben. Auch die *Boutiques des Sciences* – Wissenschaftsläden gehen in der *culture scientifique* auf. Noch zu Beginn der 1980er Jahre bilden sie sich aus der wissenschaftskritischen Bewegung. Sie haben das Ziel, Bürger und Bürgerinnen bei Institutionengängen, rechtlichen und medizinischen Fragen zu helfen: »to listen to citizens' demands and provide counter-expertise that would challenge expertise offered by industries and institutions: this way, they would help people to defend themselves against risks related to scientific, technological and industrial developments« (Chavot/Masseran 2003c: 79). Die *Boutiques* verschwinden bis auf einige wenige Mitte der 1980er Jahre mit der neuen *culture scientifique* und insbesondere der CCSTI: »The critical movements became progressively institutionalised and lost some of their radicalism« (Chavot/Masseran 2003b: 536). Akteure und Akteurinnen aus dem wissenschafts- und technokratiekritischen Spektrum der Post-68er gehen den Weg in die Institutionen, so bspw. der Physiker Jean-Marc Levy-Leblond, der Ende der 1960er Jahre beim Verlag Seuil die wissenschaftskritische Reihe *Science Ouverte* herausgibt. Er wird Präsident des *Conseil National de la Culture Scientifique, Technique et Industrielle* (Chavot/Masseran 2003c: 80). In einem Interview wird mir erklärt, dass die neue Forschungspolitik gerade für linke Forscherinnen und Forscher attraktiv war,

»weil der politische Geist sich geändert hat. Man hat nicht mehr von Steuerung gesprochen, sondern von Partnerschaft. Man hat in Frankreich [...] die Industrie verstaatlicht. Die Forscher wurden sich darüber klar, Industrie ist nicht Synonym mit Kapital und Profit. Man kann mit der Industrie zusammenarbeiten, ohne einen Pakt mit dem Teufel einzugehen« (Int. F IX/Übers. S.K.).

Die Themen und Ziele der kritischen Bewegungen werden zunehmend institutionalisiert. Kritik wie die am Profit- und Machtwillen, die insbesondere atom-, gen- und medizinkritische Bewegungen aufwerfen, wird entkräftet. Dass mit dem Regierungswechsel von 1981 für viele Forscherinnen, Forscher, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Hoffnungen verknüpft sind, ist verständlich. Die Forschung erhält nationale Anerkennung, Stellen werden geschaffen, Bildung kommt eine besondere Bedeutung zu, es werden Strukturen eingerichtet und Möglichkeiten des Dialogs, die als demokratisch verstanden werden – es herrscht ein »anderer Esprit« (Int. F IX/Übers. S.K.). Bereits mit dem Wahlprogram greifen die PS und die PC eine Reihe an Themen auf, die Teil der Politik wissenschaftskritischer außerparlamentarischer Bewegungen sind, seien es Umweltverschmutzung oder Frauenrechte. Die Themen werden nicht unbedingt vereinnahmt, denn sie sind bereits im Wahlprogramm von 1972 enthalten. Sie werden aber nun staatspolitisch ver- und gewendet – zur Sicherung der Innovation und der Entwicklung von Forschung und Technologie.

Mit der neuen Forschungspolitik kommt ein Konzept des Bürgers oder der Bürgerin als potentielle Forscherin oder potentieller Forscher auf, ebenso des Wissenschaftlers oder der Wissenschaftlerin als Bürger oder Bürgerin. Bürgerinnen und Bürger sollen sich aktiv am wirtschaftlichen Innovationsprozess beteiligen, indem sie an Dialogveranstaltungen zu Entwicklungen in Forschung und Technologie teilnehmen und letztlich zur Krisenlösung beitragen. Zeichnen sich mit der neuen Forschungspolitik Formen des *governing at a distance* des *advanced liberalism* im Sinne von Rose ab?

1.5 Dialog und Innovation als Krisenlösung – eine Form des *advanced liberal government*?⁷

Neu ist zu Beginn der 1980er Jahre das Konzept der Innovation als Krisenlösung. In zwei Publikationen aus dem Jahr 1988 sieht der französische Politikwissenschaftler Luc Rouban den Innovationsdiskurs sowohl als Symptom für die ökonomische Krise als auch für die Krise des modernen Staates im Kontext der Beziehung von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft (Rouban 1988a: 327; 1988b: 196ff). Diese Beziehung werde neu geordnet, zum Vorteil eines neuen Modells, das Marktmechanismen bevorzugt, so Rouban (1988a: 332). Die Innovationspolitik entsteht aus der Kritik am Wohlfahrtsstaat und seiner Wissenschaftspolitik und kann als Versuch verstanden werden, das Legitimitätsdefizit zu füllen, das durch

7 Rose/Miller 1992; Rose 1996.

die Unsicherheit technologischer Entwicklungen hervorgerufen wird (ebd.: 327). In dieser Innovationspolitik zeige sich die Frage der Entwicklung von Wissenschaft und Technologie nicht mehr als übergreifende Aufgabe des Wohlfahrtsstaates (Rouban 1988b: 196). Sie ist weniger Gegenstand staatlicher Politik, sondern vielmehr gesellschaftliche Aufgabe (Rouban 1988a: 330). Denn sie geht mit einer Einbeziehung weiterer Akteure und Akteurinnen in die wissenschaftliche und technologische Entwicklung einher, mit einer neuen Kultur der Verbreitung wissenschaftlicher Information und mit der Einrichtung von intermediären Strukturen (Rouban 1988b: 196, 200).

Was Rouban verdeutlicht, kann in der Perspektive der Gouvernamentalität m.E. als eine bestimmte Form der Problematisierung verstanden werden und als Aufkommen einer neoliberalen Rationalität. Der Wohlfahrtsstaat wird in Frage gestellt und mit dem Innovationsdiskurs zeichnet sich eine Ausrichtung auf markt- und wettbewerbsorientierte Formen des Regierens ab. In den Worten Lemkes formuliert, findet eine Restrukturierung staatlicher Regierungstechniken statt, und zwar in dem Sinn, dass die Regulierungskompetenz des Staates auf verantwortliche Individuen verschoben wird (Lemke 2001: 202f). Dies geschieht indem bspw. die Frage der Erwerbslosigkeit von der Innovation abhängig gemacht wird, die wiederum vom Fortschritt der Forschung abhängt. Zugespitzt formuliert bedeutet dies: stelle ich mich gegen wissenschaftliche und technologische Entwicklungen, bin ich (mit-)verantwortlich für die ökonomische Krise und meine Erwerbslosigkeit. Die Verantwortung für soziale Risiken, wie Erwerbslosigkeit, wird indirekt in den Bereich des verantwortlichen Individuums verschoben. Dialogveranstaltungen, in denen wissenschaftliche und technologische Entwicklungen diskutiert werden, stellen die Möglichkeit her, sich aktiv an der Lösung zu beteiligen und indirekt zur ökonomischen Akteurin oder zum ökonomischen Akteur zu werden. Es handelt sich um Regierungstechniken, die im Sinne von Rose eine Distanz zwischen sozialen Akteurinnen und Akteuren und den Entscheidungen formaler politischer Institutionen schaffen. Oder, wie Rouban 1988 in Bezug auf (wohlfahrts-)staatliches Handeln meint: »es geht nicht mehr darum, auf das Wesen des Allgemeingutes einzuwirken, sondern auf die Struktur des Handlungssystems, die dem Verhalten, den Erwartungen [...] der Individuen zugrunde liegt« (Rouban 1988a: 341/Übers. S.K.). Die Techniken des *governing at a distance* versuchen, auf das Individuum einzuwirken, indem sie bestimmte Verhaltensformen wahrscheinlicher machen (Rose 1996: 53f; Rose/Miller 1992; Bröckling/Krasmann 2010: 29). Das Verhalten, das sie hier insbesondere wahrscheinlicher machen, ist, Akzeptanz für wissenschaftliche und technologische Entwicklungen zu erlangen. Die Frage, inwiefern es sich beim CCNE um eine Technik des Regierens auf Distanz handelt, bleibt noch zu beantworten. Hierfür wird er zuerst einmal vorgestellt.